

flüchtlingsrat hamburg

Offenes Plenum für antirassistische Arbeit

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Nernstweg 32-34, 3. Stock, 22765 Hamburg

Tel: (040) 43 15 87, Fax: (040) 430 44 90

info@fluechtlingsrat-hamburg.de

www.fluechtlingsrat-hamburg.de

Die nachfolgende Pressemitteilung zur am 13.9. stattfindenden europäischen Sammelabschiebung ab Hamburg-Fuhlsbüttel wird inhaltlich (mit Ausnahme des konkreten Aufrufs zu der Protestaktion in HH) von allen

- Flüchtlingsräten der BRD unterstützt, außerdem von dem
- AK Flüchtlinge-Asyl der IPPNW,
- Annette Paschke (pax christi),
- Hans-Dieter Walker (DRK.Generalsekretariat),
- von der Solidarischen Kirche Nordelbien
- sowie der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen.

Protestaktion gegen die geplante europäische Sammelabschiebung
Montag, den 13.9.´04, 7.30h, Flughafen Hamburg Fuhlsbüttel, Terminal IV

Ende August ´04 war Medienberichten zu entnehmen, dass die Hamburger Innenbehörde im Laufe des September ´04 die Koordination für eine Sammelabschiebung von 40 Flüchtlingen aus verschiedenen europäischen Staaten übernehmen soll. Aus zuverlässiger Quelle erfuhren wir, dass dieser erste Abschiebecharter unter Verantwortung der Hamburger Innenbehörde vermutlich für Montag, den 13.9.´04, in der Frühe so gegen 9 Uhr geplant ist.

Deswegen rufen wir zu einer Protestaktion direkt am Flughafen auf. Acht der betroffenen Personen kommen aus Hamburg, die übrigen aus anderen Bundesländern oder dem europäischen Ausland. Diese Sammelabschiebungen per Charterflug sind für die nächsten Jahre von der Europäischen Union (EU) im großen Umfang geplant und sollen u.a. über den Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel realisiert werden. Damit diese erste Sammelabschiebung unter der Ägide der Hamburger Innenbehörde - nach einer "Generalprobe" zusammen mit den Niederlanden in der Nacht vom 25. auf den 26. Mai ´04 – reibungslos abläuft, wird der Flughafen vorübergehend in den Ausnahmezustand versetzt: "Die Sicherheitsmaßnahmen sind hoch: So wird die Maschine an einer abgelegenen Position stehen, die Transporter fahren direkt bis in die Gangway. Das Areal selbst, ohnehin schon im gesicherten Flughafenbereich, wird zusätzlich abgesperrt, um eine Flucht zu vermeiden" (die Welt,31.8.´04).

Notwendig sei diese Maßnahme, so erfahren wir aus der Welt vom 31.8.´04, weil die "abzuschubenden Personen als "Problemfälle" gelten. Deshalb, so die Welt weiter, müssten die 40 betroffenen Flüchtlinge von etwa drei Mal so viel "BGS-Beamten als begleitendes Sicherheitspersonal" eskortiert werden.

Damit die Maßnahme auch ein Erfolg wird, soll im Vorfeld das geltende Recht außer Kraft gesetzt werden: Die betroffenen Personen sind z.T. bereits im Abschiebegefängnis inhaftiert. Damit ihnen keine Zeit zu Protesten oder Gesprächen mit ihren Anwälten bleibt, werden sie erst unmittelbar vor dem Abflug aus der Haftanstalt abgeholt, bekommen "neue Kleidung" und werden ins Flugzeug verfrachtet.

Mit unbelegten Aussagen, die Betroffenen seien "kriminell" oder "renitent", soll der Eindruck erweckt werden, dass die zu erwartende gewalttätige und brutale Behandlung der betroffenen Flüchtlinge durch die staatlichen Organe rechtmäßig und notwendig sei. Ansonsten sind die Hamburger Behörden bisher nicht bereit, mehr Informationen zu geben: Weder welche Länder an der Abschiebung beteiligt sind, noch in welche Staaten die Menschen abgeschoben werden sollen. Als "kriminell und renitent" werden unserer Erfahrung nach jene Menschen bezeichnet, die sich aus Todesangst gegen die Abschiebung wehren oder versuchen, sich

umzubringen.

Als "Problemfälle" gelten mittlerweile alle Menschen, die aus ihren Herkunftsländern fliehen mussten und in Europa Schutz suchen. Dies wird belegt durch die alltägliche Abschiebepaxis, die das Zerstören von Familien und die Abschiebung von Kindern und Jugendlichen ohne ihre Eltern mit einschließt.

Der geplante Charterflug nach Afrika kostet laut Welt etwa 140.000 Euro. Die Kosten werden auf die beteiligten Staaten aufgeteilt. Außerdem stellt die EU finanzielle Mittel für diese Maßnahmen zur Verfügung.

Wie der niederländische Minister für Ausländerangelegenheiten und Integration, Verdonk, im Mai dieses Jahres mitteilte, hat die Europäische Kommission am 22. Januar '04 30 Mio. Euro für "gemeinsame Abschiebungen im EU-Verbund" für 2005 und 2006 bereit gestellt. Dieses Geld sei u.a. bestimmt für die logistische Vorbereitung von gemeinsamen Abschiebungen und für die Flüge selbst, so Verdonk.

Der Flüchtlingsrat Hamburg fordert:

- das sofortige Aussetzen der geplanten Sammelabschiebung
- die Offenlegung aller Informationen bezüglich der geplanten Maßnahmen
- dass die von der EU zur Verfügung gestellten 30 Mio. Euro statt für kostspielige und aufwändige Abschiebungen dafür verwendet werden, den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Dasein in den europäischen Staaten zu ermöglichen!
- Keine Festung Europa!
- Dauerhaft gesichertes Bleiberecht für alle Flüchtlinge!